

Schabl: Vertretung der unselbständig Erwerbstätigen für ÖVP und ÖAAB nur mehr "Randerscheinung"

Utl.: Offenlegung aller Gehälter, Transparenz in allen Ebenen, klare Bereinigung unstatthafter Vorkommnisse; rücktritt auch des FCG-Vertreters erforderlich=

St. Pölten, (SPI) - Für die "Offenlegung aller Gehälter, volle Transparenz im ÖGB und die klare Bereinigung von unstatthafter und abzulehnenden Vorkommnissen im Rahmen der Personalvertretung", spricht sich Niederösterreichs Zweiter Landtagspräsident LAbg. Emil Schabl im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in der Post-Personalvertretung aus. "Der ÖGB hat sicherlich Handlungsbedarf und muss derartige Vorkommnisse mit großer Sensibilität und voller Offenheit behandeln. Der Rücktritt des FSG-Personalvertreters Dörfler war kein mutiger, sondern ein notwendiger Schritt. Ebenso ist der Rücktritt seines Stellvertreters aus den Reihen des ÖVP-Arbeiter und Angestelltenbundes erforderlich. Die Beschäftigten müssen glaubhaft den Eindruck gewinnen können, dass jetzt reiner Tisch gemacht wird und unakzeptable Vorkommnisse ausgeräumt werden", so Schabl.****

Gleichzeitig kritisiert der SPNÖ-Politiker die Vorgehensweise der ÖVP und des ÖAAB scharf. "Wenn ÖAAB-Bundesobmann Werner Fasslabend den Rücktritt seines Parteifreundes und stellvertretenden Postgewerkschafts-Vorsitzenden Manfred Wiedner ablehnt und keinen akuten Handlungsbedarf sieht, so übt er sich wohl in Selbsttäuschung. Ein derartiges Verhalten wirft ab er auch entlarvendes Bild auf das Politikverständnis der ÖVP, wo die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft wirklich nur ein Dasein als ‚Randerscheinung‘ fristet. Ein Zeichen dafür ist auch der Versuch Fasslabends, die ÖGB-Urabstimmung, einstimmig beschlossen von allen Fraktionen im ÖGB, bereits im Vorfeld herabzuwürdigen und schlecht zu machen. Fasslabend übernimmt hier eine Funktion als Lakai der blauschwarzen Bundesregierung und transportiert nahezu wortidentische populistische und gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft gerichtete Botschaften der arbeitnehmerfeindlichen FPÖ sowie der konservativen Mehrheit der ÖVP. Fasslabend ließ damit seine Maske fallen, er ist kein Arbeitnehmervertreter", so Schabl.

"Im Übrigen muss wieder einmal festgestellt werden, dass die vorgesehe Schließung von nicht weniger als 700 Postämtern in ganz

Österreich, davon 230 in Niederösterreich, auf Initiative dieser
blauschwarzen Bundesregierung beschlossen und mit Zustimmung aller
FPÖ- und ÖVP-Mandatare erfolgt. Daher sind es einzig und allein die
Sozialdemokraten, die auf der Seite der Bevölkerung und der
Postbediensteten gegen den massiven Kahlschlag im Bereich der
Postämter kämpfen. Ebenso hat die Personalvertretung ganz klar gegen
die Schließungspläne gestimmt. Wenn hier jemand etwas anderes
behauptet, dann sagt er die Unwahrheit", so Schabl
(Schluss) fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Tel: 02742/9005 DW 12794

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0129 2001-08-24/13:26

241326 Aug 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010824_OTS0129